

Nr. XIX. GP-NA  
1430 /J  
1995-06-23

1

## ANFRAGE

der Abgeordneten DDr. Niederwieser, Kiermaier und Genossen

an den Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten

betreffend **Religiöse Verfolgung - Verletzung der Menschenrechte**

Gegen Ende des 20. Jahrhunderts werden noch immer Menschen aufgrund ihrer religiösen Überzeugung verfolgt.

Wie u.a. Amnesty International berichtet, ist religiöse Intoleranz auch heute noch die Ursache für Inhaftierung, Folterung oder Hinrichtung von AnhängerInnen praktisch jeder Religion.

Die Formen religiöse Aktivitäten zu kontrollieren sind in den verschiedenen Staaten unterschiedlich. Neben der Verhinderung von religiösen Betätigungen werden einzelne religiöse Gruppierungen offiziell anerkannt, gleichzeitig aber strengsten Kontrollen unterworfen.

So muß beispielsweise in China jedwede religiöse Betätigung ausdrücklich vom Staat genehmigt werden, die religiöse Betätigung wird in der Folge restriktiv kontrolliert.

Zudem sind viele Geistliche, die sich für Menschenrechte, Gerechtigkeit und politische Reformen in ihrem Land engagieren, einer gezielten staatlichen Verfolgung ausgesetzt. Das gilt auch und vor allem für viele Länder Amerikas, wo religiös aktive Menschen massiv bedroht werden. So sind beispielsweise in Peru religiöse Aktivitäten solange erlaubt, als die religiös Aktiven nicht versuchen, ihre religiöse Arbeit zu politisieren, nicht auf die verheerende Menschenrechtssituation in Peru zu reagieren.

Religiöse und politische Unterdrückung werden in Ländern beobachtet, wo

Oppositionsbewegungen einen religiösen Hintergrund aufweisen, dokumentiert wurde dies an den Massakern der Regierungstruppen unter der schiitischen Bevölkerung des Südirak im Mai 1991, während einer Massendemonstration gegen die Diktatur. Vor dem Schicksal der Verfolgung, Vergewaltung und Ermordung waren im genannten Fall Frauen und Kinder nicht ausgeschlossen.

Wie die Zeitschrift Christen in Not (CSI Informationen und Appelle, Mai 1995) berichtet, waren die christlichen Assyrer im Irak nach dem Ende des Golfkrieges 1991, die Hauptleidtragenden der Verfolgung durch das irakische Regime gewesen. Erneute Repressalien erfahren die assyrischen Christen nunmehr durch die türkische Armee, die bei ihrer Invasion in den Kurdengebieten des Nordirak gegen die genannte Bevölkerungsgruppe vorgeht.

In einem Beitrag über die Politik der "ethnischen Säuberung" im ehemaligen Jugoslawien, berichtet CIS (s.o.) von etwa 420000 Personen katholischen Glaubens, die aus den Bistümern Sarajevo und Banja Luka geflohen oder von Serben vertrieben worden sind.

In anderen europäischen Staaten werden Menschen, die aufgrund ihres Glaubens keinen

Militärdienst leisten wollen, jahrelang inhaftiert. In Griechenland sind dies ständig etwa 400 Männer, in Frankreich werden jährlich mehr als 750 Zeugen Jehovas aus den genannten Gründen verhaftet, berichtet Amnesty International.

Daß das Grundprinzip der religiösen Toleranz offensichtlich noch nicht einmal in Europa für alle Staaten, die von sich behaupten, die Menschenrechte voll zu respektieren gilt, läßt vermuten, daß Regierungen, die den BürgerInnen ihres Landes dieses grundlegende Recht vorenthalten, damit ihre Verachtung für die Idee der Menschenrechte überhaupt zum Ausdruck bringen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen an den Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten die nachstehende

### ANFRAGE

1. Werden im Außenministerium Aufzeichnungen über Menschenrechtsverletzungen, die aus religiösen Gründen in Staaten die mit Österreich befreundet, benachbart oder in Kontakt stehen stattfinden, geführt?
2. Wenn ja, welchen Einfluß haben diese Dokumentationen bei etwaig stattfindenden Treffen auf Außenministerebene?
3. Von welchen Staaten, mit denen Österreich Außenhandelsbeziehungen unterhält, ist Ihnen bekannt, daß religiöse Intoleranz, bzw. religiöse Verfolgung vorherrscht?
4. Welche Maßnahmen wurden von seiten des Außenministeriums auf diplomatischem Wege bisher gesetzt, um eine Beendigung der religiösen Verfolgung, in Fällen wo eine solche dokumentiert ist, zu bewirken?
5. Werden Sie in Ihrer Funktion als österreichischer Außenminister mit Staaten, von denen Ihnen Verfolgungen aus religiösen Gründen bekannt sind, aus ebendiesen Gründen Gespräche aufnehmen?
6. Können Sie sich vorstellen, daß eine Informationskampagne gegen Staaten, die Menschen aus religiösen Gründen verfolgen (vergewaltigen, ermorden), von Österreich - außerhalb der diplomatischen Ebene - initiiert wird?
7. Mit welchen Mitteln, bzw. auf welchem Wege, könnte nach Ihrer Meinung religiös verfolgten Menschen von Österreich aus geholfen werden?